

# Überblick über die aktuelle Menschenrechtsslage in Kuba

Kuba – für viele Touristen ein wunderschönes Reiseland mit freundlichen Menschen - aber es gibt auch die andere Seite. Auf Kuba werden die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit noch immer massiv verletzt.

Seit der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den USA und Kuba gab es einen deutlichen Aufschwung in der Wirtschaft und dem Tourismus des Landes. Viele Reglementierungen wurden gelockert und Dutzende von politischen Inhaftierten Anfang 2015 freigelassen.

Aber bereits kurz nach den Freilassungen ist es wieder zu neuen Inhaftierungen gekommen und einige der gerade Freigelassenen wurden erneut eingeschüchtert und ihnen wurde mit weiteren Inhaftierungen gedroht.

Auch 2016 gab es viele, vor allem Kurzzeitinhaftierungen von Regierungskritiker\_innen und Menschenrechtsaktivist\_innen, die ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung, auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf Bewegungsfreiheit wahrgenommen hatten.

In 2017 dokumentierte die Kubanische Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung (Comisión Cubana de Derechos Humanos y Reconciliación Nacional) 5155 willkürliche Festnahmen. Das ist eine etwas geringere Anzahl als in 2016. Gegen Personen, die länger in Untersuchungshaft bleiben mussten, wurde oft keine Anklage erhoben, und die Verwandten erhielten nur selten schriftliche Informationen über den Grund der Inhaftierung.

Die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit werden zudem durch die Kontrolle der Medien und den begrenzten Internet Zugang stark eingeschränkt. Die Regierung akzeptiert zwar offiziell die Pressefreiheit, verbietet aber gleichzeitig private Massenmedien und der Zugriff der Bürger auf das Internet wird erschwert. Heute benutzen nur ca. 25 Prozent der Kubaner\_innen das Internet und nur ca. fünf Prozent

der Haushalte sind mit dem Internet verbunden, da eine Internet Verbindung für die meisten nicht bezahlbar ist. Außerdem werden häufig Webseiten von den Behörden gefiltert oder blockiert, um den Zugang zu Informationen einzuschränken und Kritik am Staat zu verhindern. Oft werden die Handy-, Festnetz- und Internetverbindung von Regierungskritischen Personen, Menschenrechtsaktivist\_innen und Journalist\_innen überwacht oder gesperrt.

Amnesty, sowie weitere unabhängige Menschenrechtsbeobachter\_innen, haben immer noch keinen Zugang zu Kuba.

## Gewaltlose politische Gefangene

Nach dem Tod des kubanischen Staatspräsidenten Fidel Castro gab es eine Anzahl neuer Inhaftierungen. Am 27. November 2016 wurde eine Familie von vier Menschenrechtsverteidiger\_innen festgenommen. Die drei Geschwister Anairis Miranda Leyva, Adairis Miranda Leyva und Fidel Manuel Batista Leyva sowie ihre Mutter Maydolis Leyva Portelles sind für ihren Aktivismus bekannt und stehen in Verbindung mit einer Reihe von Menschenrechtsbewegungen. Sie wurden wegen Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt, weil sie während der Staatstrauer nach Fidel Castros Tod das Haus verlassen hatten. Die Geschwister waren am 7. März, dem Tag ab dem sie ihre Strafe verbüßen sollten, in den Hungerstreik getreten und wurden danach unter Auflagen freigelassen. Ihre Mutter steht jedoch immer noch unter Hausarrest.

Ein weiterer politischer Gefangener, Danilo Maldonado Machado, auch bekannt unter dem Namen „El Sexto“, wurde ebenfalls kurz nach Fidel Castros Tod, am 26. November 2016, festgenommen. Der kubanische Graffiti-Künstler war schon einmal, fast zehn Monate lang, inhaftiert worden wegen „besonders schweren Respektlosigkeit gegenüber den Revolutionsführern“. Damals hatte er im Rahmen einer künstlerischen Inszenierung zwei Schweine, die mit den Namen „Rául“ und „Fidel“ bemalt gewesen waren, in einem Taxi transpor-

tiert. Dieses Mal wurde er verhaftet, weil er kurz nach der Bekanntgabe von Fidel Castros Tod den Text „Sue fue“ (Er ist gegangen) mit Graffiti an eine Wand in Havana gesprüht hat. Er wurde am 21. Januar, nach fast zwei Monaten, aus dem Hochsicherheitsgefängnis El Combinado del Este freigelassen.

## Gefängnisstrafe wegen Kritik

Amnesty International unterstützt seit Anfang 2017 noch einen weiteren inhaftierten Regierungskritiker, Dr. Eduardo Cardet.

Der kubanische Menschenrechtsaktivist ist seit 2014 Leiter der christlichen Befreiungsbewegung (Movimiento Cristiano Liberación, kurz MCL), die sich für den friedlichen und demokratischen Wandel und die Achtung der Menschenwürde einsetzt. Er hatte zuvor in Interviews mit internationalen Medien die kubanische Regierung öffentlich kritisiert. Kurz nach Fidel Castros Tod hatte er in einem Interview mit dem Madrider Radiosender esRadio gesagt, dass die Trauer um Fidel Castro verordnet sei und dass Castro ein „sehr kontroverser Mann, beim Volk verhasst und abgelehnt“ gewesen sei. Zwei Tage danach, am 30. November 2016, wurde er auf dem Weg nach Hause von Polizist\_innen mit Gewalt festgenommen und inhaftiert.

Am 20. März 2017 wurde er wegen Angriffs auf einen Staatsbediensteten (atentado) zu drei Jahren Haft verurteilt, im Mai 2017 wurde das Urteil bestätigt. Da das Urteil jedoch keine Angaben zu den ursprünglichen Gründen für die Festnahme macht, lässt sich stark vermuten dass es sich um eine willkürliche Festnahme handelt und dass Eduardo wegen seiner Überzeugungen und politischer Aktivitäten inhaftiert wurde. Amnesty International dokumentiert schon seit Jahrzehnten solche Schikanen und Einschüchterungsversuche gegen Mitglieder der MCL. Eduardo Cardet wurde seit seiner Festnahme in verschiedenen Gefängnissen untergebracht und im Dezember 2017 von Mithäftlingen tödlich angegriffen, was zu gesundheitlichen Folgeschäden bei ihm führte.